

## **Protokoll der ordentlichen Einwohnergemeindeversammlung**

Datum Montag, 11. Dezember 2023, 19.30 Uhr

Ort Tuchlaube, Rathaus Sursee

Vorsitz Sabine Beck-Pflugshaupt, Stadtpräsidentin

Protokoll RA lic. iur. Bruno Peter, Stadtschreiber

Traktanden A. Eröffnung der Versammlung

B. Traktanden

1. Beschlussfassung über die Stellenprocente des gesamten Stadtrats für die Amtsdauer 2024 bis 2028
2. Kenntnisnahme des Aufgaben- und Finanzplans 2024 bis 2027 mit Budget 2024
  - 2.1 Kenntnisnahme des Aufgaben- und Finanzplans 2024 bis 2027
  - 2.2 Beschlussfassung über das Budget für das Jahr 2024 mit einem Aufwandüberschuss von 2'085'700 Franken, Investitionsausgaben von 34'863'000 Franken, einem Steuerfuss von 1.75 Einheiten sowie den politischen Leistungsaufträgen der Aufgabenbereiche
3. Kenntnisnahme der Beteiligungsstrategie
4. Umfrage
5. Verschiedenes

C. Abschluss

## **A. Eröffnung der Versammlung**

### **1.1 Begrüssung**

Die Stadtpräsidentin Sabine Beck-Pflugshaupt begrüsst die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Sursee, die Vertretungen aus Presse, Geschäftsleitung und Verwaltung der Stadt Sursee. Speziell begrüsst wird die Gruppe um Yanik Weber vom Polit-Café der Stiftung Brändi, welche vor Ort an der Gemeindeversammlung teilnimmt.

#### **Eröffnung**

Die Stadtpräsidentin eröffnet die Versammlung mit folgenden Feststellungen:

- dass die Einladung rechtzeitig erfolgte (mindestens 3 Wochen vorher),
- dass die Traktandenliste fristgerecht und vollumfänglich publiziert wurde,
- dass die Botschaft fristgerecht zugestellt worden ist,
- dass das Stimmregister bei der Stadtverwaltung zur Einsicht auflag,
- dass dem Stadtrat bis zwei Wochen vor der Versammlung zwei Anfragen zum Traktandum «Umfrage» zur öffentlichen Stellungnahme durch den Stadtrat eingereicht wurden.

Aus der Versammlung werden zu diesen Feststellungen keine Einwände erhoben.

Die Stadtpräsidentin bittet einleitend, sämtliche Wortmeldungen über ein Mikrofon abzugeben. Damit kann die Abfassung des Protokolls sichergestellt werden. Diese Tonbandaufnahmen werden nach der Unterzeichnung des Protokolls gelöscht.

### **1.2 Versammlungsbüro**

Das Versammlungsbüro wird wie folgt bestellt:

#### **Mitglieder von Amtes wegen:**

Präsidentin (§ 100 StRG):	Sabine Beck-Pflugshaupt, Stadtpräsidentin
Protokollführer (§ 101 StRG):	RA lic. iur Bruno Peter, Stadtschreiber

#### **Stimmzählerinnen und Stimmzähler:**

Auf Vorschlag der Vorsitzenden wählt die Versammlung durch stillschweigende Zustimmung (alles Mitglieder des Urnenbüros):

Aregger Bernadette, Die Mitte  
Bärtschi Christian, Die Mitte  
Hächler Harald, SVP  
Merki Emanuel, Grüne

Die Stadtpräsidentin stellt die anwesenden Stadtratsmitglieder und Bereichsleiter wie folgt vor: Bruno Peter, Stadtschreiber; Urs Koch, Finanzvorsteher; Romeo Venetz, Bauvorsteher; Jolanda Achermann Sen, Sozialvorsteherin; Heidi Schilliger Menz, Bildungsvorsteherin; Thomas Huber, Ressortleiter Finanzen und Sicherheit; Gregor Schumacher, Bereichsleiter Finanzen.

Den Mikrofon-Job übernehmen Ramon Albisser und Yasmin Caspani, Lernende der Stadtverwaltung.

### **1.3 Teilnahme- und Stimmberechtigtenkontrolle**

Die Vorsitzende stellt fest, dass teilnahme- und stimmberechtigt ist, wer

- das 18. Altersjahr vollendet hat;
- in der Stimmberechtigung nicht eingestellt ist;
- seit dem 6. Dezember 2023 in der Stadt Sursee gesetzlich geregelten Wohnsitz hat.

Die Vorsitzende fragt die Versammlung an, ob sich nicht-teilnahmeberechtigte Personen im Versammlungsraum aufhalten. Nicht-stimmberechtigte Personen sollen in dem dafür vorgesehenen Sektor Platz nehmen.

Vertretung Presse:

- Flavia Rivola, Surseer Woche AG
- Léonard Wüst, innerschweizonline.ch

### **1.4 Versammlungsteilnehmende**

Die Stimmzählenden haben die Versammlung mit folgendem Ergebnis abgezählt:

Teilnahmeberechtigt gemäss Stimmregister	7'303
Teilnehmende gemäss Abzählung	153
Absolutes Mehr	77
Anwesende in Prozent	2.1

### **1.5 Traktandenliste**

Gegen die Traktandenliste, welche die Vorsitzende gemäss Titelblatt eröffnet hat, werden keine Einwände erhoben. Somit gilt die vorliegende Traktandenliste als genehmigt.

## **B. Traktanden**

### **1. Traktandum**

#### **Beschlussfassung über die Stellenprozente des gesamten Stadtrats für die Amtsdauer 2024 bis 2028**

##### **1.1 Einleitung**

###### **Sabine Beck-Pflugshaupt, Stadtpräsidentin**

Gemäss Gemeindeordnung der Stadt Sursee legt die Gemeindeversammlung vor jeder Gesamterneuerungswahl des Stadtrats dessen Stellenprozente fest. Diese Stellenprozente, welche am heutigen Abend beschlossen werden, gelten auch als gebundene Ausgabe für die entsprechende Legislatur 2024 - 2028. Der Stadtrat wird an seiner konstituierenden Sitzung, bei welcher die neue Legislaturperiode beginnt, die einzelnen Pensen bestimmen.

##### **1.2 Informationen und Begründung**

Die Gemeindeordnung sieht vor, dass ungefähr gleich grosse Pensen angestrebt werden. Berücksichtigt werden voraussichtlicher Aufwand und Repräsentationen. Am 28. April 2024 stehen die Gesamterneuerungswahlen an. Die letzten drei Jahre an vorderster Front mitzuerleben, was die Stadt Sursee, als zweites Zentrum im Kanton zu bewältigen hatte, wie vielseitig diese Themen und Aufgaben waren, bezeichnet die Vorsitzende als sehr interessant. Die Geschäfte sind für alle, auch für die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger einerseits in der Exekutive aber auch innerhalb der Verwaltung immer wieder eine spannende Herausforderung. Ein schnelles und klares Silodenken ist nicht mehr möglich. Interdisziplinäres Zusammenarbeiten und ein stetiger Austausch sind wichtig. Sowohl intern im Stadtrat und Verwaltung, wie auch sehr entscheidend extern in der Region mit Verbänden, Kanton und diversen Fachgremien. Für die Amtsdauer 2020 bis 2024 wurden dem Stadtrat 320 Stellenprozente bewilligt. Aktuell leistet der Stadtrat ein Pensum von 380 Stellenprozenten. 60 Prozent über dem bewilligten und bezahlten Pensum. Diese Situation muss verbessert werden, das ist allen klar. Die Zusammenarbeit und Organisation von Stadtrat und Stadtverwaltung soll sich massgeschneidert weiterentwickeln. Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung decken sich auf allen Stufen. So erhält der Stadtrat mehr Spielraum und vertieft sich auf politische und strategische Aufgaben mit dem Ziel einer Entlastung. Auf Folie 6 werden die wichtigen und komplexen Themen für die folgende Legislatur aufgezeigt. Mit Bewilligung der Stellenprozente wird ein Rahmen geschaffen, welcher die nötigen Ressourcen zur Verfügung stellt und dies in einer realistischen Grösse. Der Stadtrat hat im 2021 das Projekt «Organisationsmodell 2024» lanciert. In einem mehrstufigen Verfahren wurde das «Surseer Modell» weiterentwickelt. Ein Modell angepasst an die heutigen und lokalen Gegebenheiten. Eine Reduktion der heute geleisteten 380 Stellenprozente auf 300 gilt als realistisch. Dieser Prozess der Organisationsentwicklung ist breit abgestützt unter Mitwirkung verschiedener Echogruppen, bei welchen alle Parteien laufend informiert und miteinbezogen wurden.

##### **1.3 Abklärung Eintreten**

Kein Antrag auf Nichteintreten.

## **1.4 Stellungnahme Controlling-Kommission**

### **Stefan Gautschi, Präsident Controlling-Kommission**

Beim Parteigespräch vom September 2019 wurde die Überprüfung der zukünftigen Pensen im Stadtrat und das Gemeindeführungsmodell diskutiert. Ein Grund dieser Diskussion war die Attraktivität und Machbarkeit generell für die Ausübung des Amtes als Stadträtin oder Stadtrat. Eine Reduktion der einzelnen Stadtrats Pensen wird angestrebt, um auch in Zukunft Personen für dieses Amt zu gewinnen und zu begeistern. Die erste Präsentation von Bruno Peter, Stadtschreiber, über die erarbeiteten Analysen und das neue Gemeindeführungsmodell inkl. Pensen des Stadtrates vor der Controlling-Kommission gab Fragen und Diskussionen. Diese konnten der Controlling-Kommission begründet und erklärt werden. Ebenfalls ist der Controlling-Kommission das neue Gemeindeführungsmodell mit dem klaren Bedarf für zusätzliche Stellen in der Verwaltung nachvollziehbar. Die wichtigsten Gründe für die Höhe der zukünftigen Pensen sind neue und strategische Aufgaben, welche durch Zentrumsfunktionen der Stadt Sursee generiert werden. Mitwirkung in kantonalen und regionalen Gremien und das Interesse an Sursee zu positionieren. Bevölkerung und Parteien, Interessengemeinschaften müssen über die wichtigsten und zukünftigen Entscheide orientiert und miteinbezogen werden. Die Förderung der Zusammenarbeit mit umliegenden Gemeinden um Projekte in der Region zu entwickeln und gemeinsam zu finanzieren. Aktive Interessengemeinschaften mit umliegenden Gemeinden von Sursee geben deutlich Mehrbelastung im Kanton Luzern. Die Controlling-Kommission empfiehlt den Bürgerinnen und Bürgern von Sursee 300 Stellenprozente für den Stadtrat für die Amtsdauer 2024 – 2028 zu genehmigen.

## **1.5 Stellungnahme der Parteien und Stimmberechtigten**

### **Andrea Kaufmann, Die Mitte**

Der Stadtrat führt strategische Führung aus und nimmt damit das in sie eingesetzte Vertrauen bei einer Wahl wahr. Der Stadtrat wird zur Verantwortung gezogen, auch wenn es einmal bei uns in der Stadt nicht rund läuft. Die politischen Parteien wissen alle, was es heisst, Kandidaten zu suchen und Fragen zu beantworten, wenn es darum geht, wieviel gibt es überhaupt zu tun? Pensen sind wahrheitsgetreu abzubilden und dürfen keinesfalls falsche Botschaften ausstrahlen. Weniger Pensen zu beantragen ist möglich, wenn die Verwaltung einen guten Job macht um dadurch unsere Politikerinnen und Politiker zu entlasten. Werden künftig weitere operative Arbeiten beim Stadtrat wegfallen, sollen die Stellenprozente neu beraten werden. Mit tieferen Pensen könnte man sich eine Kandidatur eher vorzustellen, darf aber nach wie vor nicht vergessen werden: Ein Stadtratsmandat ist kein 9-to-5-Job. Auch wenn das Pensum auf den ersten Blick dies ausstrahlen mag. Die Mitte Sursee wertschätzt die Arbeit vom Gesamtstadtrat und unterstützt den Antrag, die Stellenprozente der Amtsdauer 2024 – 2028 auf 300 Prozent festzulegen.

### **Joachim Cerny, FDP**

Parteiintern wurde dieser Antrag ausgiebig diskutiert. Alle Parteien wurden bereits miteinbezogen in den Prozess Organisationsmodell innerhalb der Echogruppe. Dieses Modell versprach eine wesentliche Entlastung des Stadtrats. Überrascht haben die 300 Stellenprozente dennoch. Überwogen für eine Zustimmung hat auf der einen Seite die Kenntnis, mit welcher Komplexität die regionale Zusammenarbeit stattfindet. Auf der anderen Seite die Reduktion der Zentrumslasten. Dies funktioniert, wenn mit den umliegenden Gemeinden strategische Vereinbarungen getroffen werden und man sich regelmässig trifft und austauscht. Die FDP erwarten diesbezüglich an der Gemeindeversammlung eine jährliche Information über den strategischen Mehrwert der Stellenprozente. Auch die Parteien sind in die Pflicht zu nehmen, in Zukunft die neuen Ersatzbesetzungen im Stadtrat gemäss dem «Surseer Organisationsmodell» den Schwerpunkt auf Führungsstärke und führungsstrategische Kompetenzen zu richten. Die Reorganisation sei mit dem «Surseer Modell» bloss Makulatur, wenn man so weiterfahre wie bis anhin. Er fordert eine jährliche Kontrolle und Information an der Gemeindeversammlung über den strategischen Mehrwert von diesen 300 Stellenprozente.

Stadt Sursee, Stadtrat, Centralstrasse 9, 6210 Sursee

**Sabine Beck-Pflugshaupt, Stadtpräsidentin**

Dies wird als Anregung für den Stadtrat mit auf den weiteren Weg genommen. Was genau unter dem Monitoring erwartet wird, wird noch genauer definiert. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt ist definiert, wie die Zusammenarbeit gepflegt, der Austausch organisiert und was damit erreicht wird.

**Joachim Cerny, FDP**

Dies wird noch klarer mit einem Antrag formuliert.

**Nikolaj Romanov, SVP**

Für die Amtsdauer 2024 – 2028 beantragt der fünfköpfige Stadtrat 300 statt der heutigen 320 Stellenprozent. Dies entspricht pro Stadratsmitglied 60 Stellenprozent bzw. eine Dreitagewoche. Die SVP Sursee unterbreitet der Gemeindeversammlung den Gegenvorschlag, die Stellenprozent des gesamten Stadtrats für die Amtsdauer 2024 – 2028 auf 150 Stellenprozent, das heisst 30 Prozent pro Mitglied beziehungsweise 1 ½ Arbeitstage pro Woche festzulegen. Dies aus dem einfachen Grund, weil der Stadtrat mit dem Ressortleiterkonzept in einem bereits beachtlichen Umfang von bisherigen operativen Arbeiten entlastet wird.

**Antrag:** Die SVP Sursee unterbreitet den Gegenvorschlag von gesamthaft 150 Stellenprozent.

**Benjamin Rindlisbacher, SP**

Die SP Sursee beantragt, die Stellenprozent des Gesamtstadtrats für die Legislaturperiode 2024 – 2028 auf 320 Stellenprozent zu belassen. Bis jetzt hat der Stadtrat ein Arbeitspensum von 380 Stellenprozent geleistet, das sind 60 Prozent mehr als budgetiert. Das soll nun auf 300 Stellenprozent reduziert werden. Das sind 22 Prozent pro Stadtrat weniger oder anders ausgedrückt genau ein Stadratsmandat, welches hier aufgehoben wird. Das ist nicht richtig und ein demokratiepolitischer Fehler. Die fünf Stadträtinnen und Stadträte sind die einzigen, von der Bevölkerung gewählten Personen, welche im politischen Alltagsbetrieb der Stadt Sursee die Stadt Sursee vertreten. Sie tragen die Hauptverantwortung für Entscheidungen. Je weniger sie die Abläufe der Verwaltung kennen, umso weniger Verantwortung können sie wahrnehmen. Um strategische Entscheidungen fällen zu können, braucht es ein solides Verständnis der Abläufe in der Verwaltung zum Thema, worin man arbeitet. Beides braucht Zeit. Werden die Pensen des Stadtrats nun gekürzt, dann wird das eine Schwächung der Demokratie. Das will die SP Sursee nicht. Die SP will eine starke Demokratie in Sursee. Der Sprechende ist irritiert. Interessanterweise setzt sich die FDP und SVP stark für ein Stadtparlament in Sursee ein, weil sie angeblich die Demokratie stärken wollen. Ausgerechnet jetzt wollen sie die demokratisch gewählten Personen mit einer massiven Stellenprozentkürzung und unnötigem bürokratischen Aufwand schwächen. Dieser Widerspruch entzieht dem Sprechenden jegliche Logik. Die Stadt Sursee ist gross und beschäftigt über 500 Personen inkl. Schulen und Alterszentrum. Das ist eine riesige Firma. Die Verantwortung hinsichtlich der Rahmenbedingungen, die tragen in letzter Instanz der Stadtrat. Für gute Rahmenbedingungen braucht es ein Verständnis für die Arbeit und für die Verwaltung. Falsche Rahmenbedingungen zu setzen, das ist falsche Politik. Das will man nicht. Wir wollen Stadträtinnen und Stadträte die wissen, von was sie reden. Bei der Pensen Verteilung sollen ein paar Ressorts mehr Stellenprozent bekommen als andere. Das liegt in der Kompetenz des Stadtrats. Die SP vertritt die Meinung, diese möglichst gleichmässig zu verteilen. Alle Themen sind wichtig. In der Region Sursee fehlen in den nächsten Jahren 600 Pflegebetten. Das Ressort Soziales steht vor riesigen Herausforderungen. Der Wirkungsbericht Aufgaben- und Finanzreform 18 (AFR18) wurde eingesehen. Das Ressort Finanzen muss im nächsten Jahr auch gegenüber dem Kanton eine starke Verhandlungsposition einnehmen. Zusammen mit anderen umliegenden Gemeinden. 600 fehlende Pflegebetten, zusätzliche Aufgaben vom Kanton, ohne mehr Geld dafür zu bekommen, das will man nicht. Wir wollen einen starken Stadtrat, welcher sich der Verantwortung in allen Bereichen stellen kann. Dem Stadtrat wird vorgeschlagen, dies als ein Vorschlag/Gedanke je 60 Stellenprozent zur Verfügung zu stellen. Das sind gesamthaft 300 Stellenprozent. Zusätzlich sollen 20 Stellenprozent als flexible Masse, für zeitintensive und

priorisierte Projekte dienen. Darüber soll der Stadtrat selber entscheiden können. Wir leben zurzeit in einer nicht kalkulierbaren, unsicheren und komplexen Welt. Digitalisierung, Zentrumsfunktionen und demografische Entwicklung, regionale Zusammenarbeit, delegierte Aufgaben vom Kanton, vom sparenden Kanton an die Gemeinden, es steht so vieles an. Reorganisation auf Verwaltungsebene, die ergibt total Sinn. Die Organisation wird dadurch schneller und beweglicher. Wir wollen jetzt nur die Reorganisation und die direkte Demokratie stärken, zumindest beibehalten. Dem Stadtrat mindestens die 320 Stellenprozente zuzusprechen für eine qualitative und hochwertige Arbeit des Stadtrates. Er bedankt sich im Namen der SP Sursee für die Unterstützung von diesem Antrag.

**Antrag:** Die SP Sursee unterbreitet den Gegenvorschlag von gesamthaft 320 Stellenprozenten.

### **Samuel Zbinden, Grüne**

Die Grünen begrüßen es sehr, wie sich die Stadt Sursee mit dem neuen Organisationsmodell weiterentwickelt. Begrüsst wird die stärkere Trennung von strategischen und operativen Geschäften. Somit kann sich der Stadtrat auf die strategische Arbeit fokussieren und wird entlastet. Aus Sicht der Grünen ist aber nicht realistisch, wenn zusätzlich zur Senkung von 380 auf 320 Stellenprozenten eine weitere Senkung beantragt wird. Ziel soll sein, bewilligte und bezahlte Pensen einzuhalten.

Die Grünen werden den Antrag auf weitere Senkung ganz klar ablehnen und den Antrag der SP unterstützen. Dem Antrag der SP geht es nicht um eine Erhöhung, sondern immer noch um eine Senkung der Stadtrats Pensen von effektiven 380 Stellenprozenten auf 320 Stellenprozente. Mit einem Blick in die kantonale Richtung wird ein Punkt besonders hervorgehoben. In den nächsten Jahren stehen extrem viele zentrale Geschäfte für die Stadt Sursee auf kantonaler Ebene an. Wir beraten aktuell im Kantonsrat eine Steuergesetzesrevision. Kommt diese so durch wie sie jetzt geplant ist, hat dies grosse finanzielle Auswirkungen für die Stadt Sursee. Beraten wird eine Teilrevision des kantonalen Finanzausgleichs und ganz viele weitere Geschäfte, welche finanziell eine grosse Rolle spielen für den Stadtrat. Wenn die Mitglieder des Stadtrats nicht genügend Pensum haben, um sich für die Interessen der Gemeinden, die Interessen für die Stadt Sursee einzusetzen, dann wird dies die Surseerinnen und Surseer längerfristig viel mehr kosten als noch 20 Stellenprozente zusätzlich. Nicht nur aus demokratiepolitischer Sicht, sondern auch finanziell ist es für Sursee das Richtige, wenn die Mitglieder vom Stadtrat genügend Pensen zur Verfügung haben. In diesem Sinne beantragen die Grünen ebenfalls, wie die SP, eine Beibehaltung von 320 Stellenprozenten in der Hoffnung, dass es dann tatsächlich mal 320 Stellenprozente sind.

### **Joachim Cerny, FDP**

Der Stadtrat hat in der laufenden Legislaturperiode 380 Stellenprozente in strategischer und operativer Hinsicht aufgewendet. Dies wird nun bereinigt. Für den operative Anteil sind 300 Stellenprozente gerechtfertigt. Nur aus diesem Grunde ist die FDP ganz klar für die beantragten 300 Stellenprozente und keine mehr. Was machen sonst die Ressortleitungen? Sie sind extra für operative Aufgaben angestellt worden. Man will keine Reduktion, sondern man ist sich einig mit dem, was der Stadtrat beantragt. Die FDP knüpft die Bedingung an, dass der strategische Mehrwert sichtbar wird.

### **Sabine Beck-Pflugshaupt, Stadtpräsidentin**

Die Ressortleitungen haben zum Teil gewisse Begriffsveränderungen ergeben. Diese Personen sind grösstenteils schon angestellt gewesen. Es beinhaltet eine Schärfung von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen.

### **Rainer Jacquemai, Unterer Graben 1A**

Er begrüsst es, wenn die Stadtrats Pensen etwas gekürzt werden. Es könnten viele Aufgaben abgegeben werden und es liege auch keine Führungsspannung mehr vor. Er würde aber nicht so tief gehen gemäss Vorschlag der SVP. Es darf nicht so weit kommen, dass ein Stadtrat den grössten Teil seiner Arbeit bei einer anderen Arbeitsstelle leistet. Der Stadtrat darf nicht zu einem «Teilzeiter»

werden. Das sei falsch. Der Sprechende unterstützt die 300 Stellenprozente. Er fragt nach den in den letzten Jahren bei der Reorganisation neu geschaffenen Stellen, welche den Stadtrat entlasten sollen.

#### **Bruno Peter, Stadtschreiber**

Jeder Stadträtin und Stadtrat werden ein Ressort zugeteilt. Bei der Organisationsentwicklung wurde darauf geachtet, dass jede Stadträtin und Stadtrat auch zusätzlich eine Ressortleitung haben, welche die operativen Arbeiten unterhalb ihres Ressorts erledigt. Zusätzlich sind zwei Ressortleitungen geschaffen worden, alle anderen haben schon bestanden. Umteilungen der Aufgaben wurden vorgenommen. Gewisse Pensen wurden freigeschaffen. Man rechnet zum jetzigen Stand in etwa mit 20 Stellenprozenten, welche es für die Geschäftsleitungsaufgaben pro Ressort braucht. Zusätzlich wurde Thomas Huber für das Ressort Finanzen, Steuern und die öffentliche Sicherheit angestellt. Eine zusätzliche Stelle per 1. April 2024, welche die Bereiche Planung und Bauberatung, Bau, Betrieb und Unterhalt abdeckt ist aufgeschaltet. Diese beiden Stellen wurden zusätzlich geschaffen. Alle anderen haben bereits bestanden. Zusätzlich erweitert wurde beim grossen Bereich Bau und Umwelt alle Hauswartungen und die ganzen Liegenschaften. Diese sind zusammengefasst in einem Bereich und dort wird im Moment nach einer geeigneten Bereichsleitung gesucht. Dies als zusätzliche Stelle, welche geschaffen wurde.

#### **Sabine Beck-Pflugshaupt, Stadtpräsidentin**

Bedenkt werden muss, dass Organisation und Struktur der Stadt Sursee eine lange Zeit gleichgeblieben ist. Es hat wieder einmal einen rechten Schritt gebraucht, um dies den heutigen Bedürfnissen und Gegebenheiten anzupassen.

### **1.6 Detailbehandlung**

Keine weiteren Wortmeldungen.

### **1.7 Abstimmung**

Die Stadtpräsidentin stellt die beiden Anträge aus dem Stimmvolk gegenüber.

Der Antrag der SVP, die Stellenprozente des Gesamtstadtrats auf 150 festzulegen, erhält unterliegt jenem der SP, die Stellenprozente des Stadtrats auf 320 festzulegen.

Anschliessend stellt sie den obsiegenden Antrag jenem des Stadtrats gegenüber. Der Antrag der SP erhält 56 stimmen, jener des Stadtrats 81 Stimmen.

**Die Stimmberechtigten beschlossen grossmehrheitlich, die Stellenprozente des gesamten Stadtrats für die Amtsdauer 2024 – 2028, beginnend am 1. September 2024 auf 300 Stellenprozente festzulegen.**

## 2. Traktandum

### **Kenntnisnahme des Aufgaben- und Finanzplans 2024 bis 2027 mit Budget 2024**

- Kenntnisnahme des Aufgaben- und Finanzplans 2024 bis 2027
- Beschlussfassung über das Budget für das Jahr 2024 mit einem Aufwandüberschuss von 2'085'700 Franken, Investitionsausgaben von 34'863'000 Franken, einem Steuerfuss von 1.75 Einheiten sowie den politischen Leistungsaufträgen der Aufgabenbereiche

### **2.1 Einleitung**

### **2.2 Informationen und Begründung**

#### **Urs Koch, Finanzvorseher**

Erstmals wurde das Budget 2024 nach der im März 2023 verabschiedeten Finanzstrategie erstellt. Konkrete Vorgaben wie, dass maximal 1/10 Steuereinheit oder maximal 2,2 Millionen Franken Defizit ausgewiesen werden darf, gerechnet mit dem aktuellen Steuerfuss von 1.75 Einheiten. Der Budgetprozess ist herausfordernd. Bei allen Ressorts sind Ausgaben gekürzt worden oder wurden etappiert auf die nächsten Jahre. Das Budget 2025 weist ein kleines Defizit von -0.2; im 2026 ein Plus von 0.6, dies gerechnet mit einer Erhöhung des Steuerfusses auf 1.9 Einheiten. Mit den Vorgaben zur Höhe der Investitionen definiert die Finanzstrategie auch rote Linien. Werden diese überschritten, ist der Stadtrat angehalten, eine Steuerfusserhöhung zu beantragen. Gemäss Prognosen wird die Nettoschuld pro Einwohnerin und Einwohner den Betrag von 3000 Franken in der Jahresrechnung 2023 übersteigen. Gerechnet mit einer Anhebung des Steuerfusses um 0.15 Einheiten auf 1.9 Steuereinheiten. Die zusätzliche Steuererhöhung von 0.05 Einheiten aufgrund einer grossen Unsicherheit der angekündigten Steuergesetzrevision 2025 ist zu einem Teil eingerechnet. Die erste Veröffentlichung der Steuergesetzrevision kostet die Stadt Sursee gemäss Berechnung 2.2 Millionen Steuerfranken. Die Steuergesetzrevision wird voraussichtlich in abgeschwächter Form kommen und vorwiegend in gestaffelten Etappen eingeführt werden. Die ganzen Auswirkungen für die Stadt Sursee sind heute noch nicht bekannt.

Ausführungen zu «Einflüsse Reformen / Wirkungsberichte» gemäss Folie 12.

Ausführungen zu «Betrieblicher Aufwand / Ertrag Stadt Sursee» gemäss Folie 13.

Ausführungen zu «Entwicklung Steuererträge» gemäss Folie 14. Bemerkung: Der Steueranteil im Jahr 2022 ist bei den natürlichen Personen bei 72 Prozent, bei den juristischen Personen sind dies 18.5 Prozent und die Sondersteuern machen rund 9.5 Prozent aus.

Ausführungen zum «Personalaufwand» gemäss Folie 15. Bemerkung: Wieso ist das Budget 2024 gegenüber den Vorjahren massiv im Minus? Im Bereich Bildung schlagen die vier Schulklassen mehr zu buche. Beim AltersZentrum ist es die Entwicklung der Bevölkerung. Es braucht immer mehr Personal. Die Verwaltung bewegt sich im gleichen Rahmen wie im 2023 budgetiert.

Ausführungen zur «Entwicklung der Steuerkraft Stadt Sursee» gemäss Folie 16.

Ausführungen zur «Steuerkraft im Vergleich» gemäss Folie 17.

Ausführungen zu «Nettoinvestitionen der Stadt Sursee» gemäss Folie 18.

Ausführungen zu «Detail Bau und Unterhalt» gemäss Folie 19.

Ausführungen zur «Investitionsrechnung, Projekte 2024» gemäss Folie 20.

Ausführungen zu «Nettoinvestitionen Stadt Sursee vom 2023 – 2026» gemäss Folie 21.

Ausführungen zur «Investitionsrechnung, Projekte 2025 – 2027» gemäss Folie 22. Ausführungen zur «Entwicklung Abschreibungen und Zinsen» gemäss Folie 23.

Ausführungen zur «Bruttoverschuldung Stadt Sursee» gemäss Folie 24.

Ausführungen zur «Nettoverschuldung pro Einwohnerin und Einwohner, ohne Alterszentrum» gemäss Folie 25

Bemerkung: Wie im Aufgaben- und Finanzplan 2025 bis 2027 vorausgerechnet, werden voraussichtlich dieses Jahr die 3000 Franken Nettoverschuldung pro Einwohnerin und Einwohner überschritten.

Demzufolge muss der Stadtrat 1/10 Steuereinheit gemäss Aufgaben- und Finanzplan auf 2025 ankündigen.

Informationen und Begründungen zu den einzelnen Aufgabenbereichen gemäss Folien 26 bis

### **2.3 Abklärung Eintreten**

Kein Antrag auf Nichteintreten.

### **2.4 Stellungnahme Controlling-Kommission**

#### **Stefan Gautschi, Präsident Controlling-Kommission**

Der Budgetprozess für das Jahr 2024 wurde zum ersten Mal Miteinbezug der neuen im März 2023 verabschiedeten Finanzstrategie erstellt. Durch das Volumen der anstehenden Investitionen in die Infrastrukturen der Stadt Sursee und durch die geplante Steuergesetzrevision 2025 zeigt der Kanton im Finanzplan auf, dass der städtische Finanzhaushalt in den nächsten Jahren stark belastet wird. Umso mehr ist es wichtig, dass die neuen sechs Vorgaben und Ziele, respektive Kennzahlen aus der Finanzstrategie eingehalten werden. Dies gemäss Aufstellung in der Botschaft auf Seite 15. Für das Budget 2024 sehen die Vorgaben wie folgt aus: Der langfristige Steuerfuss darf die 1.95 Einheiten nicht überschreiten. Ist erfüllt. Das zulässige Defizit von maximal 1/10 Steuereinheiten, das sind rund 2.2 Millionen Franken wird nicht überschritten. Ist erfüllt! Der Bruttoverschuldungsanteil beträgt maximal 200 Prozent, dies ist ebenfalls erfüllt. Der Anstieg der bereinigten Nettoschuld überschreitet die rote Linie ebenfalls nicht. Alle Grenzwerte der vorgenannten Positionen hat die Stadt Sursee in Bezug auf die Finanzplanung 2024 erfüllt. Die Kennzahlen der Nettoinvestitionen überschreiten, somit ist die Zielsetzung nicht erfüllt. Der Grund liegt bei der Kreditübergabe der vergangenen zwei Jahre, weil erst im 2024 gebraucht. Der Investition ist umso mehr wichtig, dass man genaue Budgetkenntnis hat, kombiniert mit den jeweiligen Prognosen, auch unter dem Jahr. Ebenfalls sind zwei geforderte, bedeutende Entlastungsprojekte vom Finanzhaushalt für das Jahr 2024 noch ausstehend. Der Grund liegt bei der Menge der Aufgabenziele, welche man sich im 2023 gesteckt hat. Für die beiden, nicht erfüllten Ziele gibt es nachvollziehbare Gründe. Aus diesem Grunde erachtet die Controlling-Kommission die geplante Umsetzung der Finanzstrategie als vertretbar, will aber im zukünftigen Budgetprozess aktiv seine Ideen und Anregungen einbringen, um zusammen mit dem Stadtrat und der Verwaltung ein realistisches Budget der Bevölkerung zu präsentieren. Die Stadt Sursee soll sich mass- und qualitativ entwickeln. Die mögliche Steuererhöhung im Jahr 2025 beschäftigt die Controlling-Kommission. Für den Entscheid muss die Controlling-Kommission sicher den kommenden Abschluss 2023 und die Investitionen 2025 sehr genau unter die Lupe nehmen. Für den Stadtrat und die Verwaltung war das Budget 2024 im letzten halben Jahr sehr intensiv. Die Controlling-Kommission dankt für die geleistete Arbeit und die detaillierten Unterlagen und Informationen. Die Controlling-Kommission empfiehlt das vorliegende Budget mit einem Aufwandüberschuss von 2'085'700 Franken, inkl. Steuerfuss von 1.75 Einheiten sowie den Bruttoinvestitionen von rund 34'863'000 Franken zu genehmigen. Das Budget Alterszentrum St. Martin wurde durch die Sozialvorsteherin Jolanda Achermann-Sen, Geschäftsleiter Marius Pfulg und Leiterin Finanzen und Personal, Andrea Schell der Controlling-Kommission vorgestellt. Die Investitionen betragen 1.65 Millionen Franken, wovon ca.

600'000 Franken bereits für die Planungs- und Vorbereitungsarbeiten für den Neubau im AltersZentrum St. Martin eingestellt sind. Der budgetierte Betriebsgewinn liegt bei rund 250'000 Franken. Die Zahlen vom Budget 2024 bewegen sich grossmehrheitlich im Rahmen des Vorjahres. Der Controlling-Kommission ist auch der Stand der komplexen Planung im Zusammenhang mit dem Neubau des AltersZentrum St. Martin vorgestellt worden. Der Neubau wird parallel zum Betrieb AltersZentrum geführt. Die Controlling-Kommission hat einen sehr guten Eindruck von allen laufenden Projekten. Controlling-Kommission dankt der Stadträtin Jolanda Achermann Sen, der Geschäftsleitung und dem gesamten Personal für die präsentierten Budgetunterlagen.

## **2.5 Stellungnahme der Parteien und Stimmberechtigten**

### **Yvonne Zemp Baumgartner, SP**

An der letzten Parteiversammlung hat sich die SP mit dem Budget und Aufgaben- und Finanzplan 2024 bis 2027 beschäftigt. Grosse Herausforderungen stehen an. Immer mehr gebundene und mengengesteuerte Kosten durch Bevölkerungswachstum. In der Spitex sind mehr ambulante Kosten entstanden und auf Grund dieser zum Teil nicht beeinflussbaren Ausgaben bleibt nicht mehr so viel Spielraum. Der SP ist es wichtig, dass die Stadt Sursee attraktiven Wohn- und Lebensraum bietet und sich weiterentwickelt betreffend Langsamverkehr in den Quartieren. Auch für diese Projekte soll es weiterhin genügend finanzielle Mittel geben. Auch im Unterhalt stehen in den nächsten Jahren grosse Investitionen an. Aber gleichzeitig darf der Unterhalt dieser Gebäude und Strassen nicht vernachlässigt werden. Es gibt Beispiele von Gemeinden, die dies vernachlässigt haben. Irgendeinmal wird man eingeholt. In diesem Sinne ist es wichtig, dass mit den laufenden Kosten die Aufgaben decken. Eine wichtige Aufgabe wird sein, beim Kanton dran zu bleiben, wenn Kosten vom Kantonsbudget auf die Gemeinden verschoben werden. Ebenfalls wichtig ist, dass Sursee ein attraktiver Wohn- und Arbeitsort bleibt und dazu gehört ein guter Service public, In diesem Sinne ist man gespannt auf die Schlussrechnung 2023. Der SP ist es wichtiger, einer Steuererhöhung zuzustimmen, bevor wichtige Projekte und Investitionen nicht mehr weiterentwickelt werden und somit am falschen Ort gespart wird. Die SP wird dem vorliegenden Budget zustimmen und auch den Aufgaben- und Finanzplan zustimmend zur Kenntnis nehmen. Dem Stadtrat und der Verwaltung wird herzlich gedankt für die gute und seriöse Arbeit, welche das ganze Jahr geleistet wird.

### **Joachim Cerny, FDP**

Dem Budget wurde an der Parteiversammlung klar und ohne Vorbehalt zugestimmt. Das Budget 2025 fordert eine klare Positionierung und Überarbeitung aller Ausgaben und Investitionen, hinsichtlich wünschbarer und notwendiger Ausgaben. Eine Steuererhöhung von über 1.75 Einheiten wird mit allen Mitteln verhindert werden. Zahlreiche Aussagen von gutverdienenden Steuerzahlern von Sursee kündigen bei einer Steuererhöhung den Wegzug aus Sursee an. Damit würde sich die Stadt Sursee bestehende Einnahmen verschliessen. Zudem haben vermutlich viele Mieter im Dezember einen netten Brief der Hausverwaltung oder vom Hauseigentümer erhalten, dass ihr Mietzins ansteigen wird. Die Krankenkassenprämien sind seit dem 1. Dezember bekannt. Kommt in den Folgejahren eine Steuererhöhung dazu, ist das eine Verminderung von Attraktivität für diejenigen, welche dann das ganze tragen müssen. Habt Sorge zu diesen Mitbürgerinnen und Mitbürger, welche die Steuern bezahlen und dann auch nicht abwandern werden. Der Aufgaben- und Finanzplan 2024 – 2028 hat eine klar zustimmende Kenntnisnahme. Ausserhalb seiner Parteifunktion fügt der Sprechende an, dass der Aufgaben- und Finanzplan bereits eine Steuererhöhung beinhaltet. Eine Steuererhöhung würde der Sprechende persönlich ablehnen. Ebenso spricht er sich persönlich dafür aus, den Aufgaben- und Finanzplan nur zur Kenntnis zu nehmen. Dieser ist verbunden mit dem Budget 2025, bei welchem es nachher auf eine Steuererhöhung hinausläuft.

**Andrea Kaufmann, Die Mitte**

Die Finanzplanung hat zum Ziel, eine langfristige, gesunde und vertretbare Entwicklung sicherzustellen. Dies bedingt einen haushälterischen Umgang mit unseren Investitionen, aber auch die kritische Suche nach Mehrwert von den getätigten Ausgaben für das Wohlbefinden von uns allen. Wichtig zu betonen ist, dass mit der heutigen zustimmenden Kenntnisnahme keine Erhöhung des Steuerfusses im 2025 eintreten wird. Für Die Mitte ist es relevant, dass diese Option frühzeitig angezeigt und kalkuliert werden muss. Klar ist aber auch, dass sich der Stadtrat beim Kanton und den umliegenden Gemeinden gegen weitere Mehrbelastungen einsetzt. Für unsere Investitionen für Zentrumsfunktionen profitieren nicht nur die Stadt Sursee. Die Mitte empfiehlt den Aufgaben- und Finanzplan für die Periode 2024 -2028 so zur Kenntnisnahme und das Budget mit einem Steuerfuss von 1.75 Einheiten zu beschliessen.

**Fabrizio Misticoni, Grüne**

Der vorliegende Aufgaben- und Finanzplan und das Budget sind zum ersten Mal unter der neuen Finanzstrategie erarbeitet worden. Die logische Folge aus den Ankündigungen der letzten Jahre ist ein Mengenwachstum der gebundenen Ausgaben, Prognosen und Entwicklungen auf kantonaler Ebene. Die kantonalen Steuersenkungsexzesse, die immer auf Kosten der Stadt Sursee passiert sind und noch passieren werden. Die bilden sich jetzt im Aufgaben- und Finanzplan ab. Aus diesem Grund braucht Sursee voraussichtlich eine Erhöhung des Steuerfusses. Aus Sicht der Grünen ist dies halt die logische Folgerung. Der vorliegende Aufgaben- und Finanzplan ist ein aufschlussreiches Dokument mit einem hohen Detaillierungsgrad. Sehr spannend. Aus dem Bereich Bau und Umwelt wurden folgende Punkte näher unter die Lupe genommen. Die durch den Stadtrat im März 2023 verabschiedete Finanzstrategie stellt insbesondere für den Bereich Bau und Unterhalt eine grosse Herausforderung dar. Es gilt die in den nächsten Jahren knapp bemessenen finanziellen Mittel optimal und zielgerichtet einzusetzen, um den Erhalt der bestehenden Infrastrukturanlagen sicherzustellen.

Risiken: Vernachlässigung Unterhalt der Liegenschaften aus finanziellen Gründen mit der Folge, Wertverlust der Liegenschaft, Investitionsstau. Priorität: Hoch. Massnahmen: Mehrjahresplanung für Liegenschaftsunterhalt. Risiko: Vernachlässigung Unterhalt des Strassen- und Leitungsnetzes mit der Folge: Investitionsstau führt zu grossen Kostenschüben. Beides hohe Risiken. Die Abwanderung von Steuerzahlern wird nur als mittleres Risiko klassiert.

Aus Sicht der Grünen ist klar, Investitionen in Unterhalt und in zukunftssträchtige Projekte, nicht zu machen, bringt nichts. Investitionen werden nicht günstiger, Sanierungen auch nicht. Ein gutes Beispiel sind die LED-Beleuchtungen. Dies sind Investitionen auf lange Sicht, welche auch Einsparungen bringen. Es muss eingespart werden, vielleicht beim Unterhalt oder auch grundsätzlich bei Investitionen. Die Frage ist, wo wurde bereits priorisiert bzw. gespart? Wenn eine Steuererhöhung im nächsten Jahr nicht angenommen wird, wo müsste dann konkret gespart werden? Welche Bauprojekte müssten dann gestrichen werden? Diese Ehrlichkeit braucht es auch, wenn man keiner Steuererhöhung zustimmen will. Will man grundsätzlich keiner Steuererhöhung zustimmen, macht es auch keinen Sinn, dem Aufgaben- und Finanzplan zuzustimmen. Spricht man von priorisieren, etappieren, dann ist immer Sparen gemeint und Investitionen werden nach hinten verschoben. Die Kosten werden nicht kleiner. Sanierungen verschieben wird auch nie billiger. Dass Steuerzahler abwandern könnten, ist von niemandem hier prüfbar. Der Kanton belastet die Stadt Sursee bzw. der Kanton saniert sich auf Kosten der Gemeinden. Wichtig ist, dass man sich beim Kanton stark macht, nicht nur beim Regierungsrat, sondern auch bei den Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus allen Parteien. Der Wirkungsbericht und Anpassungen bei der AFR18, Finanzausgleich und Steuergesetzrevision sind drei Geschäfte, welche uns in den nächsten Monaten und auch langfristig stark betreffen werden. Aus diesem Grunde ist wichtig, dass der Stadtrat auf kantonaler Ebene politisch aktiv ist und sich gut positioniert. Die Grünen danken allen beteiligten Personen für die Erarbeitung vom Aufgaben- und Finanzplan. Das ausführliche Dokument zeigt gut auf, welche grossen Aufgaben vor Sursee stehen. Der Aufgaben- und Finanzplan nimmt diese Aufgaben auf, passt die

Finanzierung dementsprechend an. Sursee kann sich keinen weiteren Investitionsstau mehr leisten. Im Aufgaben- und Finanzplan sind sehr wenige neue konsumintensive Ausgaben enthalten. Hauptsächlich sind es Investitionen, welche sich langfristig lohnen werden. Es gibt immer gute und schlechte Schulden. Einer neuen Generation können auch Schulden überlassen werden, indem man Investitionen nicht macht und es so zu einem Investitionsstau kommt. Es sind nicht alleine tiefe Steuern als einziger Standortfaktor. Für eine lebenswerte und attraktive Stadt Sursee spielen ganz viele andere Faktoren ebenso eine wichtige Rolle. Darum stimmen die Grünen dem Aufgaben- und Finanzplan sowie Budget zu.

## **2.6 Detailbehandlung**

### **Sabine Beck-Pflugshaupt, Stadtpräsidentin**

Aufgabenbereich 10 Präsidiales und Verwaltung: Keine Wortmeldungen

Aufgabenbereich 15 Zentrale Dienste: Keine Wortmeldungen

Aufgabenbereich 20 Gesundheit:

### **Joachim Cerny, FDP**

Der Sprechende fragt, welche Gesundheitsstrategie die Stadt Sursee fährt und welche Massnahmen die Stadt Sursee als solches trifft.

### **Jolanda Achermann Sen, Sozialvorsteherin**

Es bestehen vorgelagerte Angebote vom dritten Lebensalter an. Über die gesamte Gesundheit, von Jung bis Alt, das hat die Stadt Sursee nicht. Dies wird unter den Bemerkungen entgegengenommen.

### **Sabine Beck-Pflugshaupt, Stadtpräsidentin**

Aufgabenbereich 25 Soziale Sicherheit: Keine Wortmeldungen

Aufgabenbereich 30 AltersZentrum: Keine Wortmeldungen

Aufgabenbereich 35 Finanzen: Keine Wortmeldungen

Aufgabenbereich 45 Planung und Bauberatung: Keine Wortmeldungen

Aufgabenbereich 50 Bau und Unterhalt

### **Romeo Venetz, Bauvorsteher**

Der Sprechende ist in der glücklichen Lage, dass er Mitarbeitende im Ressort hat, welche gerne arbeiten. Die Finanzstrategie sei ziemlich eingefahren. Man habe sich sehr eng mit den Investitionen der nächsten Jahre auseinandergesetzt, damit der Aufgaben- und Finanzplan 2024 – 2028 so präsentiert werden kann. Das führt dazu, dass die Umsetzung Sanierung Luzernstrasse (Badstrasse bis Gemeindegrenze zu Oberkirch) zurückgestellt wird bis 2028. Im Jahr 2028 hofft man auf Zahlungen vom Bund aus dem Agglomerationsprogramm und dass sich dieser hoffentlich mit 35 Prozent an diesen Kosten beteiligen wird. An der Parteiversammlung der Mitte wurde nachgefragt, wieso an der Turnhalle «XY» nichts gemacht wird? Zurzeit wird abgeklärt, was an den Liegenschaften konkret gemacht werden soll und wo entsprechende Mittel eingesetzt werden. Dies aufgrund einer geklärten Mobilitätsstrategie und diese wird zuerst noch erarbeitet. Für den Bau und Unterhalt musste der Gürtel enger geschnallt werden, damit dies heute Abend präsentiert werden konnte.

### **Sabine Beck-Pflugshaupt, Stadtpräsidentin**

Aufgabenbereich 55 Öffentliche Sicherheit: Keine Wortmeldungen

Aufgabenbereich 60 Bildung: Keine Wortmeldungen

Aufgabenbereich 65 Kultur und Sport

**Roland Huber, Badstrasse 8**

Ehrenamtliches Urgestein seit 40 Jahren, Ehrenpräsident FC Sursee, an der Fasnacht und Ehrenmitglied Tennisclub Sursee und dort in der Baukommission. 60'000 Franken sind im Budget für den Tennisclub Sursee. Im 2009 wurde das RET Regionaler Entwicklungsträger mit insgesamt 19 Trägergemeinden gebildet. Im 2015 wird endlich ein Sportprojekt lanciert. Bereits eine knappe Million Franken sind ausgegeben. Bei keinem Verein jedoch ist je ein Nagel ausgerissen oder eingeschlagen worden. Verplant und nichts gemacht. Vor der Tennisclub-GV im März 2022 ein Sportcluster mit der Stadt Sursee, Oberkirch, Nottwil und Schenkon. Wir machen selber etwas, denn das RET macht nichts. Die Tennisplätze müssen saniert werden. Die Sandplätze bestehen seit 1980. dannzumal noch Betriebsgenossenschaft mit einem Baurecht. Die Betriebsgenossenschaft hat dem Tennisclub ein Darlehen gegeben. An der letzten GV im März 2023 wurde den Vereinsmitgliedern die drei Varianten vorgestellt. Sandplätze wie bisher, Allwetterplätze mit Granulat oder einen Hartplatz analog US Open. Die ersten beiden Varianten brauchen wiederum sehr viel Wasser. Energiestadt Sursee, der Tennisclub hilft mit, damit 2026 wieder rezertifiziert wird, weil der Tennisclub hektoliterweise Wasser sparen wird. LED sind im Budget Förderprogramm. Der Tennisclub hat der Energiestadt Sursee. am 15. April 2023 diesbezüglich ein Projekt eingegeben. 3 ½ Monate später wurde dem Tennisclub mitgeteilt, leider sind die Fördergelder aufgebraucht. Dem Tennisclub wird geraten noch nichts zu machen. Im Jahr 2025 gibt es dann vielleicht wieder Fördergelder.

Der Tennisclub saniert nun trotzdem. Speziell an die Adresse von Romeo Venetz, Bauvorsteher: Bitte abklären, ob diese Fördergelder wirklich kommen. Bewusst hat sich der Tennisclub für die Variante Hartplatz entschieden, trotz 100'000 Franken Mehrkosten. Dafür wird in den nächsten 12 – 15 Jahren nichts mehr investiert werden müssen. Die Gesamtinvestitionen der Sanierung und Neuerstellung kosten 640'000 Franken. Für sechs Beleuchtungssäulen wurde mit Unterstützung von Kanton, Swisslos, Beiträge der öffentlichen Hand, Sponsoringeinnahmen, Eigenmittel vom Club, finanzielle Beiträge von Mitgliedern und am Schluss noch einen Bankkredit budgetiert. Bei Gemeinden wurde vorgeschlagen und man rechnete in etwa mit 120'000 Franken. Leider hat niemand diesbezüglich wirklich den Lead übernommen. Die Gemeinden Schenkon und Eich entschuldigen sich mit zu wenig Mitglieder. Wir können euch nichts geben. Schenkon hat ihre eigene Tennisanlage mit 11 Grad im Winter. Eich hat mehr Mitglieder in Sempach platziert und unterstützt dort. Die Erwartungen sind nicht erfüllt worden. Im Budget sind 60'000 Franken von Sursee, ganz herzlichen Dank dafür. Es ist dem Sprechenden ein bisschen zu wenig. Oberkirch mit 15'000 Franken, Geuensee 5'000 Franken. Es fehlen am Schluss noch 40'000 Franken. Der Tennisclub Sursee trainiert jeden Mittwoch 80 bis 100 Jugendliche, im Alter zwischen 4 und 16 Jahren. Ein Abbild der Gesellschaft, von Pakistan, Indien, Ukraine, Russland, von Exjugoslawien und etwa 80 Prozent sind Schweizer. Im Jahr 2012 wurde der Baurechtsvertrag mit der Stadt Sursee verlängert. Der Tennisclub zahlt keinen Baurechtszins, finanziert aber alle Investitionen. Damit den Jugendlichen weiterhin eine solche Anlage zu günstigen Konditionen gewährleistet werden kann, braucht der Tennisclub weitere Unterstützung der Stadt Sursee, nicht nur die 60'000 Franken.

Der Sprechende stellt den **Antrag** um Erhöhung um 30'000 Franken auf 90'000 Franken zu Gunsten des Tennisclubs. Der Tennisclub wird dafür in den nächsten 10 - 12 Jahren nicht mehr um Unterstützung bitten, eine Einmalzahlung. Er hätte heute Abend mit 50 - 60 Tennisclubmitgliedern an die Versammlung kommen können und die Abstimmung würde zu Gunsten des Tennisclubs entschieden, davon ist der Sprechende überzeugt. Er würde sich aber für ein solches Vorgehen schämen.

**Heidi Schilliger Menz, Bildungsvorsteher**

Lange stand man in der Verhandlung mit dem Tennisclub Sursee. Grosse Anerkennung erhält der Tennisclub wie auch andere Vereine von Sursee, welche sich stark für die Jugendförderung einsetzen. Die Stadt Sursee will für dieses grosse Engagement ihren Beitrag leisten. Der Tennisclub kam auf den

Stadtrat zu mit dem Antrag, die Sanierung mit 120'000 Franken zu unterstützen. Dies wurde so vom Stadtrat entgegengenommen. Der Stadtrat blickte in die Strukturen des Tennisclubs hinein und schaute, wie setzt sich der Tennisclub zusammen. Das sieht in etwa gleich aus wie bei sehr vielen anderen Vereinen hier in Sursee. Es ist nicht nur ein Abbild dessen, dass der Tennisclub Mitglieder aus der ganzen Welt beherbergt, sondern auch aus der ganzen Region. Weniger als die Hälfte der Mitglieder sind wirklich von Sursee. In diesem Sinne hat sich der Stadtrat für halbe-halbe entschieden. Dieser Prozentschlüssel, 50 Prozent von 120'000 Franken, wie gemäss Antrag. Ganz im Sinne der regionalen Aufgaben, den sogenannte Zentrumslasten, welche in Sursee anfallen. Das wurde dem Vorstand auch so kommuniziert.

**Sabine Beck-Pflugshaupt, Stadtpräsidentin**

Antrag: Das Globalbudget «Kultur und Sport» um 30'000 Franken zu erhöhen zu Gunsten Tennisclub Sursee.

**Abstimmung**

Die Stadtpräsidentin stellt den Antrag von Roland Huber, das Globalbudget Kultur und Sport zugunsten des Tennisclubs um 30'000 Franken zu erhöhen jenem des Stadtrats, das Globalbudget wie beantragt zu belassen gegenüber.

Der Antrag von Roland Huber erhält 25 Stimmen, jener des Stadtrats wird somit grossmehrheitlich angenommen.

**Sabine Beck-Pflugshaupt, Stadtpräsidentin**

Aufgabenbereich 70 «Gesellschaft»: Keine Wortmeldungen

## **2.7 Abstimmung**

**Die Stimmberechtigten beschlossen grossmehrheitlich, den Aufgaben- und Finanzplan für die Periode 2024 bis 2027 zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.**

**Die Stimmberechtigten beschlossen grossmehrheitlich, das Budget für das Jahr 2024 mit einem Aufwandüberschuss von 2'085'700 Franken, Investitionsausgaben von 34'863'000 Franken, einem Steuereffizienzfuss von 1.75 Einheiten sowie den politischen Leistungsaufträgen der Aufgabenbereiche zu beschliessen.**

## **3. Traktandum**

### **Kenntnisnahme der Beteiligungsstrategie**

#### **3.1 Einleitung**

**Urs Koch, Finanzvorsteher**

Die Gemeinden können kommunale Aufgaben oft nicht mehr selber ausführen. Sie beteiligen sich dafür an Gemeindeverbänden, Vereinen wie Spitex, Genossenschaften oder Aktiengesellschaften wie aquaregio ag, damit die Leistungen erfüllt werden können. Ein besseres Kosten-Nutzen-Verhältnis wird angestrebt, effektivere und effiziente Aufgabenerfüllung sind das Ziel. Die gesetzliche Grundlage ist das Gemeindegesetz, Gesetz über den Finanzhaushalt der Gemeinden und die Gemeindeordnung. Kommunale Beteiligungen werden ausgelagert in Form von Organisationen. Die Gemeinde hat eine finanzielle Beteiligung in Form von Aktienkapital bei einer AG oder bei Darlehen. Die Stadt Sursee hat

dadurch ein finanzielles Risiko. Es gibt die übrigen Leistungserbringer wie Verbände, Call, Regionaler Entwicklungsträger (RET), Musikschule, Seeblick, bei welchen Vereinbarungen bestehen, welche Leistungen durch sie erbracht werden müssen. Dort wird kein Kapital investiert, sondern es besteht ein Leistungsauftrag. Das Beteiligungs-Controlling umfasst einen Beteiligungsspiegel und eine Beteiligungsstrategie. Es handelt sich um ein Planungsinstrument und beinhaltet die strategischen Vorgaben für die Gesamtheit der Beteiligungen einer Gemeinde. Die Beteiligungsstrategie wird alle vier Jahre überarbeitet und aktualisiert. Zur Kenntnisnahme muss dieser dem Stimmvolk vorgelegt werden. Die Beteiligungsstrategie soll wesentliche Punkte beschreiben. Ziel einer Beteiligungsstrategie ist die Zielsetzung von kommunaler Beteiligungspolitik, Beschreibung von Risiken, Einstufung nach hoch, mittel oder tief. Zuständigkeiten und Kompetenzen müssen durch die Exekutive geregelt werden. Das Beteiligungs-Controlling ist die Steuerung der Organisation mit kommunaler Beteiligung. Das sind bei uns die aquaregio ag oder der Wärmeverbund. Dort müssen Eigeninteressen von den Gemeinden gewahrt werden. Die Eigner- und Unternehmensinteressen müssen koordiniert werden. Beteiligungs-Controlling beinhaltet Risikopolitik der Gemeinden. Die Schaffung von Transparenz für die Beteiligungen und dessen Risiken. Das Beteiligungs-Controlling besteht aus Planungsinstrument, Beteiligungsstrategie und Berichterstattungsinstrument und Beteiligungsspiegel. Ein solcher Beteiligungsspiegel ist jeweils immer im Anhang der Jahresrechnung veröffentlicht. Weitere Ausführungen gemäss Folien 42, 43, 44.

### **3.2 Informationen und Begründung**

#### **3.3 Abklärung Eintreten**

Kein Antrag auf Nichteintreten.

#### **3.4 Stellungnahme Controlling-Kommission**

Keine Stellungnahme.

#### **3.5 Stellungnahme der Parteien und Stimmberechtigten**

##### **Joachim Cerny, FDP**

Macht es Sinn zum jetzigen Zeitpunkt ohne Spiegel und somit die Risiken nicht aufgezeigt sind? Es sollte erst im nächsten Jahr, wenn über die Rechnung abgestimmt wird, darüber befunden werden. Gibt es einen Grund dafür, dass dieser Spiegel nicht vorgezogen werden kann?

##### **Sabine Beck-Pflugshaupt, Stadtpräsidentin**

Eine Beteiligungsstrategie ist eigentlich nichts anderes als ein Dokument, bei welchem aufgezeigt wird wie arbeitet die Stadt Sursee mit diesem Beteiligungsspiegel? Was für Arten von Beteiligungen unterschieden werden? Wie ist die Gewährleistungspflicht? Wie wird dies beurteilt und angeschaut? Wie läuft das Beteiligungs-Controlling? Dies ist zu vergleichen mit einer Bedienungsanleitung. Eine rein formelle Angelegenheit und etwas, das schon länger pendent ist und schon länger dem Stimmvolk hätte vorgelegt werden müssen. Der Beteiligungsspiegel selber wird mit der Rechnung abgedruckt und verabschiedet. Abgebildet ist, wo die Stadt Sursee überall Beteiligungen hat und wo sind die Risiken? Eine entsprechende Aussage wird vom Stadtrat verfasst.

##### **Joachim Cerny, FDP**

Risikostufen, welche heraufgesetzt sind bei einzelnen Beteiligungen, sind diese beim nächsten Beteiligungsspiegel erkennbar? Fand eine Veränderung statt oder wird dies praktisch für sich ohne

Hintergrundinformationen vorgestellt werden? Hat es Konsequenzen, wenn die Parteien irgendeine Anregung abgeben oder verläuft dies im Sand?

**Urs Koch, Finanzvorsteher**

Bei Risikostufe A (hoch) wird eine Eigner-Strategie gemacht. Wie wird mit diesem Risiko umgegangen? Was muss gemacht werden, um dieses Risiko zu verringern? Wenn ein Vorschlag von der Partei kommt, wird dies durch den Stadtrat geprüft und eingeschätzt. Es passiert nicht einfach nichts. Die Anregungen dazu werden aufgenommen.

### **3.6 Detailbehandlung**

Keine Wortmeldungen.

### **3.7 Abstimmung**

**Die Stimmberechtigten beschliessen grossmehrheitlich, die Beteiligungsstrategie zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.**

## **4. Traktandum**

### **Umfrage**

#### **Art. 21 Abs. 2 der Gemeindeordnung vom 23. September 2007**

Dem Stadtrat wurde bis zwei Wochen vor der Versammlung zwei Anfragen zum Traktandum «Umfrage» eingereicht:

#### **4.1 Monika Künzli, Roman-Burri-Strasse: Akustische Umweltverschmutzung, Politischer Handlungsbedarf wegen Lärmbelästigungen und Massnahmen gegen Lärmemissionen**

#### **Romeo Venetz, Bauvorsteher**

Ausgangslage: Strassensanierungen und Überbauungen, sowie Baustellen verschiedenster Art sind bald an jeder Ecke Alltag geworden. Dazu kommt weiterer Lärm in allen Variationen, hervorgerufen durch Fahrzeuge, Maschinen, Apparate, auch durch Events.

Fragen:

- Wieviel Lärm darf den Bürgern - Anwohnern, Mitbewohnern, Arbeitenden drinnen und draussen, Patienten, Kunden, Schülern usw. - zugemutet werden?
- Wie laut darf dieser Lärm sein?
- Wie lange (pro Mal, mittel- und langfristig) darf dieser zugemutet werden?
- Welche Hilfsmittel und Massnahmen schaffen Abhilfe gegen den Lärm, der immer stärker und umfassender wird?
- Was ist diesbezüglich umsetzbar?
- Es ist erwiesen, dass stete Reizüberflutung, u.a. akustische Wahrnehmungen, der Gesundheit schadet. Deswegen ersuchen wir den Stadtrat, in seiner politischen Verantwortung diesbezüglich aktiv zu werden.

### **Beantwortung**

Insbesondere im angesprochenen Gebiet Frieslirain ist die Bautätigkeit in den letzten Jahren wie andernorts sehr rege. Neben verschiedenen anderen Lärmquellen tragen die Bautätigkeit der Stadt und private Bauvorhaben zur Lärmbelastung bei. Dessen ist sich der Stadtrat bewusst. Weil es Anzeichen gibt, dass die Bautätigkeit auch in den kommenden Jahren, insbesondere in diesem Gebiet rege bleibt, setzte sich der Stadtrat für Massnahme im Lärmschutz ein.

In der Anfrage wird ausgeführt, dass die Argumente im Zusammenhang mit laufenden Bauten, Umbauten, Anpassungen bezüglich Energienutzung und Wasserversorgung usw. hinlänglich bekannt seien und es bei der Anfrage nicht um diese gehen. Nichtsdestotrotz sind u.a. zwingende Sanierungsarbeiten der Werkleitungen und Strassenraumgestaltungen ein wesentlicher Teil der Bautätigkeit der Stadt. Ein wichtiges Ziel der Strassenprojekte ist unter anderem die Verminderung von Lärm. Tempo 30 und lärmarme Strassenbeläge tragen wesentlich zur Lärminderung bei. Die Einführung von Tempo 30 macht aber oft bauliche Massnahmen wie z.B. aktuell beim Ausbau Münsterstrasse notwendig und diese sind wiederum mit Bautätigkeit und Lärm verbunden. Beim Thema Lärm hält sich die Stadt Sursee an das geltende Lärmgesetz mit der entsprechenden Lärmschutzverordnung. Zeitpunkt und Dauer von privaten Bauvorhaben kann der Stadtrat nur beschränkt beeinflussen. Sowohl der Bautätigkeit der Stadt wie auch privaten Bauvorhaben geht aber ein Baubewilligungsverfahren voraus. Im Rahmen des Bewilligungsverfahrens wird jedes Baugesuch anhand der 2019 von der Gemeindeversammlung beschlossenen und vom Regierungsrat genehmigten Bau- und Zonenordnung geprüft. In dieser wurde jedem Grundstück in der Stadt Sursee einer Lärmempfindlichkeitsstufe zugewiesen.

Um die Lärmbelastung zu beurteilen und zu begrenzen, legt die Lärmschutzgesetzgebung Planungswerte, Immissionsgrenzwerte und Alarmwerte für verschiedene Lärmarten fest. Diese sind auf die Lärmempfindlichkeit des belasteten Gebiets abgestimmt. Lärmemissionen und -immissionen sind nach klar definierten Kriterien zu ermitteln, damit sie vergleichbar und nachvollziehbar sind. Ein Schallpegel kann durch Messung oder Berechnung ermittelt werden.

Im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens werden lärmrelevante Aspekte der Bauvorhaben von den Spezialisten des Teams Lärm bei der Dienststelle Umwelt und Energie des Kantons Luzern geprüft und der Stadt Sursee die für das jeweilige Bauvorhaben massgebenden Bedingungen und Auflagen mitgeteilt. Diese nimmt die Stadt Sursee in die Baubewilligung auf. Sie können viel weiter als zeitliche Einschränkungen der Bauarbeiten gehen (z.B. Lärmschutznachweise, Silent Modus, Abschalten in der Nacht, bauliche Massnahmen z.B. im Bereich von Tiefgaragenausfahrten, Abnahmemessungen, etc.).

Die Stadt Sursee lässt zudem punktuell von unabhängigen Dritten Umweltkontrollen durchführen. Im Rahmen dieser Kontrollen werden Baustellen auf verschiedene Umweltthemen u.a. Lärm überprüft. Die Kontrollstelle rapportiert das Ergebnis ihrer Kontrollen an die Stadt Sursee. Bei entsprechenden Hinweisen auf Nichteinhaltung von Bedingungen und Auflagen wird die Stadt Sursee aktiv. Im Wiederholungsfall kann eine Lärmklage bei der zuständigen Stelle eingereicht werden. Erste Anlaufstelle für Klagen aus der Bevölkerung ist die Stadt. Erweist sich das Problem als zu hartnäckig oder zu komplex, kann die Gemeinde die Dienststelle Umwelt und Energie beiziehen. Am Anfang sollte immer der Versuch stehen, die Klage mit gesundem Menschenverstand auf gutlichem Weg zu erledigen. Dazu gehört die Anhörung aller Betroffenen und wenn möglich eine gemeinsame Aussprache von Kläger, Lärmverursacher und Vertreter der Gemeinde. Gefragt sind sowohl Rücksichtnahme der Lärmverursachenden wie auch Toleranz bei den Betroffenen. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass Ruhe ein wertvolles Gut ist. Mit der Siedlungsentwicklung nach innen, dem Bevölkerungs- und Verkehrswachstum werden Massnahmen gegen den Lärm immer wichtiger.

Lärmschutz ist eine Verbundaufgabe von Bund, Kanton und Gemeinden; der Bundesrat hat deshalb 2017 den Massnahmenplan zur Verringerung der Lärmbelastung verabschiedet. Dieser basiert auf drei Säulen:

1. Der Reduktion der Lärmemissionen an der Quelle
2. Der Förderung von Ruhe und Erholung in der Siedlungsentwicklung
3. Dem Monitoring der Lärmbelastung

Der Stadtrat bemüht sich auch in Sursee, mit diversen Massnahmen (z.B. Temporeduktionen und lärmarme Beläge) und dem Vollzug der relevanten Gesetzgebung den Lärm an der Quelle zu begrenzen.

Genauso wichtig ist es jedoch gemäss der zweiten genannten Säule, im Siedlungsgebiet von Sursee und in den angrenzenden Naherholungsgebieten, Bereiche zu erhalten und zugänglich zu machen, wo noch vergleichsweise Ruhe herrscht und wo sich die Bevölkerung vor Lärm zurückziehen und erholen kann. Dafür setzt sich der Stadtrat u.a. im Rahmen der laufenden Innenentwicklungsprojekte ein.

#### **4.2 Fabrizio Misticoni, Grüne Sursee: Bezahlbarer Wohnraum**

Die Stadt Sursee, Stichtag 1. Juni 2023, hat eine Leerwohnungsziffer von 0,19 Prozent. Es wird darauf hingewiesen, dass die Belastung von den Mietern hoch ist. Eine neue Entwicklung zeigt, dass die Mieten auch im Bestand höher werden. Angesprochen sind auch die steigenden Heiz- und Energiekosten, welche dazu führen, dass die Kaufkraft zusätzlich schwindet und freier und bezahlbarer Wohnraum in Sursee weiterhin Mangelware ist. Zudem wird darauf hingewiesen, dass der Kanton, wie das andere Orte auch machen, diese Aufgabe «Wohnbauförderung» den Standortgemeinden zuweist. Aus diesem Grund haben die Grünen zur Ausgangslage Fragen gestellt. Zu konkreten Möglichkeiten und Massnahmen, welche in der Stadt Sursee getroffen werden. Von den insgesamt elf Fragen wird nun die eine herausgepickt.

Hat der Stadtrat eine Unterstellung unter das Gesetz zur Erhaltung von Wohnraum in diesem Jahr 2023 bereits geprüft? Falls Ja, zu welchem Schluss kam er? Falls nein, wird der Stadtrat eine Unterstellung bzw. Anwendung an das Gesetz ab nächstes Jahr prüfen und der Gemeindeversammlung beantragen?

Dies nur ein Beispiel von elf Fragen, welche innerhalb der letzten 14 Tagen beantwortet wurden. Das Thema bezahlbarer oder erschwinglicher Wohnraum ist Teil vom Parteigespräch, welches der Stadtrat mit den Parteivertretungen am 25. September 2023 geführt hat. An diesem Abend wurden die Parteivertretungen umfassend darüber informiert, was im Moment bezüglich «bezahlbarem Wohnraum» unternommen wird und wie die Ausgangslage eingeschätzt wird. Die gestellten Fragen gehen aber weiter als diese, welche an diesem Abend beantwortet wurden. Im Rahmen der Parteigespräche wurde festgestellt, dass die Initiative, welche vor einigen Jahren ergriffen wurde zum bezahlbaren Wohnraum, der Bevölkerung in Aussicht gestellt wurde. Dass ein Monitoring gemacht wird zu bezahlbarem Wohnraum. Das hat der Stadtrat bis jetzt nicht gemacht. Nach diesem Parteigespräch vom 25. September 2023 hatte der Stadtrat dies ohnehin auf der Agenda, dass dies im Jahr 2024 nachgeholt wird. Dies unabhängig der gestellten Anfragen. In Absprache mit Fabrizio Misticoni, Grüne Sursee, wurde abgemacht, dass nicht heute, am Versammlungsabend Fragen beantwortet werden und nächstes Jahr dann wiederum. Der Stadtrat stellt in Aussicht, dass nach der Klausur im Januar 2024, bei welcher dieses Thema auch traktandiert ist, im Verlaufe des 2024 ein Monitoring bezüglich «bezahlbarem Wohnraum» in Sursee vorlegen wird und auf die Fragen der Grünen von heute Abend eine Antwort abgeben wird.

## 5. Traktandum

### Verschiedenes

#### Termine

##### **Sabine Beck-Pflugshaupt, Stadtpräsidentin**

- «Guet Johr» und Verleihung Kulturpreis, 1. Januar 2024, 17.00 Uhr, Rathaus
- Mitte Januar besteht die Gelegenheit, im Zusammenhang mit dem Neubau Hauptgebäude AltersZentrum eine Ausstellung zum Projekt im Nordsaal besichtigt werden kann.
- 4. März 2024 Eingabeschluss für die Kandidaturen Neuwahlen Stadtrat und Controlling-Kommission, Bildungs- und Einbürgerungskommission.
- 4. März 204 Gemeindeversammlung, bei welcher weitere und wichtige Themen behandelt werden wie Sonderkredit Erweiterungsbau Schulhaus St. Martin. Abstimmung über Gemeindeinitiative Einführung Stadtparlament und Abrechnung Sonderkredit Schulhaus Kotten.

##### **Anton Häfliger, Mühlehofstrasse 15**

In der letzten Zeit sind an der Badstrasse/Mühlehofstrasse drei Bäume umgestürzt, bei welchem ein Sachschaden entstanden ist. Wer ist dafür verantwortlich? Die Stadt Sursee? Der Kanton? Sollte die Stadt Sursee dafür verantwortlich sein, wird gebeten, die Bäume gelegentlich einer Kontrolle zu unterziehen. Es hat immer noch einige, die in nächster Zeit ebenfalls umstürzen könnten. Diese sind bereits schräg und unterwässert. Es ist eine Frage der Zeit, bis diese umstürzen. Er will, dass nicht plötzlich Personen verletzt werden. Es reicht, wenn ein Auto erdrückt und eine Hausfassade beschädigt wurde.

Bauvorsteher Romeo Venetz nimmt dies zur Kenntnis.

## C. Abschluss

### **Sabine Beck-Pflugshaupt, Stadtpräsidentin**

Es werden keine weiteren Wortmeldungen aus der Versammlung gewünscht.

Sabine Beck-Pflugshaupt bedankt sich bei der Versammlung für das Erscheinen. Ein spezieller Dank geht an die Controlling-Kommission, welche heute Abend anwesend ist und ihren grossen Beitrag geleistet hat. Die Controlling-Kommission leistet wichtige Arbeit, ist ein wichtiger Sparringpartner für den Stadtrat. Danke für die grosse und sehr gute Arbeit. Die Stadtpräsidentin schliesst die Versammlung mit der Einladung zum Umtrunk und wünscht eine gute Heimkehr, mit den besten Wünschen für die kommenden Festtage und alles Gute im neuen Jahr.

Schluss der Versammlung: 21.30 Uhr

Der Protokollführer



RA lic. iur. Bruno Peter

Stadtschreiber

- Präsentation
- Botschaft
- Stimmregisterabschluss

## Genehmigungsvermerk nach § 114 Stimmrechtsgesetz

Das vorstehende Protokoll der Gemeindeversammlung wird dem Versammlungsbüro mit folgenden Hinweisen vorgelegt:

- a. Das Versammlungsbüro prüft und genehmigt das Protokoll unter Ausstand des Protokollführers.
- b. Die zustimmenden Mitglieder des Versammlungsbüros unterzeichnen den Genehmigungsvermerk.
- c. Mitglieder, die das Protokoll beanstanden, haben es innert 10 Tagen seit Vorlage durch Stimmrechtsbeschwerde anzufechten. Nach unbenutztem Ablauf der Beschwerdefrist gelten ihre Beanstandungen als gegenstandslos.
- d. Auf das Genehmigungsverfahren folgt die öffentliche Auflage nach § 115 Stimmrechtsgesetz.

Sursee, 22. Dezember 2023

Der Protokollführer



RA lic. iur. Bruno Peter  
Stadtschreiber

Geprüft und genehmigt:  
Das Versammlungsbüro



Sabine Beck-Pflugshaupt  
Stadtpräsidentin



Bernadette Aregger  
Stimmzählerin



Harald Hächler  
Stimmzähler



Christian Bertschi  
Stimmzähler



Emanuel Merki  
Stimmzähler